

AUSGABE 2026

AUFRECHT

ZEITUNG DES AfD-KREIS-
VERBANDES DRESDEN



DER ERFOLG DER AfD IST
UNAUFHALTSAM

KURSSCHWENK?

Von Dr. Joachim M. Keiler, Vertreter Sachsen in der AfD-Bundesprogrammkommission

Kurz vor den Landtagswahlen in 2026 titelt WELT.DE: „Die AfD bereitet einen Kursschwenk vor, der gegen alles Bisherige steht.“

Nur das stimmt nicht. Als langjähriges Mitglied der Bundesprogrammkommission kann ich sagen, wir stehen solide auf unserer Plattform und die heißt: Deutschland. Was sich geändert hat, ist die Wirkmacht der Partei. In Sachsen-Anhalt ist eine absolute Mehrheit in Denk- und Reichweite. Der „Schwenk“ geht allenfalls so:

Von einer Bewegungspartei zur Regierungsverantwortung.

Von der Einheimen-Euro Partei zur Volkspartei.

Von einer multi-kulturellen, globalen Orientierung

zu einer Kraft, die deutsche Interessen in den Vordergrund stellt.

Von Staatsdirigismus und Bürokratie zur Freiheitspartei.

Von einem NGO-Staat zu einem echten Bürgerstaat.

Von einem Schuldenstaat zu soliden Haushalten.

Keine staatliche Gängelei wie bei Corona - Individual-Grundrechte wieder in den Vordergrund stellen.

Soziale Marktwirt-

schaft mit sozialer Gerechtigkeit

Und alle diese genannten Elemente waren von Anfang an in der Programmatik der AfD enthalten. So besehen gibt es keine „Verwandlung“ der AfD. Nicht staatliche finanzierte Vereine der „Zivilgesellschaft“ dominieren den Wählerwillen, sondern der Wähler und damit das Volk bestimmt in Wahlen die Politik.

Solange es in Deutschland Armut gibt, kein Geld in Milliardenhöhe ins Ausland für intransparente Vorhaben. Außenpolitisch alle Gesprächskanäle offenhalten, das hilft Friedensbemühungen mehr als einseitige Parteinahme. Bildung und Ausbildung als Grundlage für

ein selbstbestimmtes Leben, das dient allen Generationen. Rückbesinnung auf Werte wie Aufrichtigkeit, Fleiß und Vaterlandsliebe. Übrigens diese Werte sind in Deutschland noch reichlich vorhanden, anders wären die Erfolge der AfD gar nicht zu erklären. Das beantwortet sogleich die Frage, was Positives an Deutschland zu befinden sei. Deutschland hat eindeutig eine konservative, bürgerliche Mehrheit. Nur liegt diese nicht Mitte-links, sondern Mitte-rechts, weil sie sich nicht an Deutschland- Abschaftern bemisst.

Als Patriot ist es mir egal, ob die AfD aus dem Druck der Opposition oder in Regierungsverantwortung nützliche und hilfreiche Ergebnisse zeitigt. Zuerst das Land und seine Bürger, dann die Ideologie und dann die Partei. Politik zu ma-

chen, heißt immer ein Stück über den eigenen Schatten zu springen. Doch der Kompromiss sollte niemals das Ziel sein, sondern vielleicht das Ergebnis. Und der Kompromiss muss vertretbar sein. Das ist er nicht in Koalitionen völlig unterschiedlicher Grundhaltungen oder wie in Sachsen in Minderheitsregierungen. Da gibt es nur faule Kompromisse. Dass Kompromisse beiden Seiten weh tun müssen, ist eine dämliche Formel. Kompromisse sollten beiden Seiten gefallen. Wer verbiegt sich denn schon gerne auf Dauer?



welt.de Artikel:
„Die AfD bereitet einen Kursschwenk vor, der gegen alles Bisherige steht.“

CORONA

Untersuchungsausschuss in Sachsen:

Aufklärung verzögert, Widerstände spürbar

Von André Wendt, MdL

Dem Corona-Untersuchungsausschuss des Sächsischen Landtags gehören mit Martina Jost, Dr. Joachim Keiler und André Wendt drei Abgeordnete aus Dresden an. Der Ausschuss hat den Auftrag, die staatlichen Entscheidungen und Maßnahmen während der Corona-Zeit umfassend zu prüfen sowie politisch und rechtlich aufzuarbeiten.

Auch wenn der von der Staatsregierung angegebene Umfang von über einer Million Schriftstücken erheblich ist, kann dies den Zeitverzug nicht rechtfertigen.

Es ist nicht hinnehmbar, dass nahezu ein Jahr verging, bis die ersten Akten überhaupt bereitgestellt wurden – zumal bis heute keine vollständige Aktenlieferung erfolgt ist. Dieser Umstand hat die Arbeit des Untersuchungsausschusses von Beginn an behindert und wirft berechnete Fragen nach dem tatsächlichen Aufklärungswillen der zuständigen Stellen auf.

Zudem entsteht zunehmend der Eindruck, dass insbesondere Mitglieder jener Fraktionen, die während der Corona-Zeit Regierungsverantwortung trugen, eine umfassende und kritische Aufarbeitung eher blockieren als fördern. So möchten wir, dass beispielsweise die Protokolle öffentlicher Sachverständigenanhörungen bereits jetzt veröffentlicht werden; bislang ist dies jedoch leider nicht erfolgt. Ein Umstand, der

Transparenz und Nachvollziehbarkeit für die Bürger erheblich beeinträchtigt.

Davon lassen sich die Dresdner Mitglieder des Ausschusses jedoch nicht beirren. Für sie steht die konsequente und umfassende Aufklärung weiterhin klar im Mittelpunkt. Im Fokus ihrer Arbeit stehen insbesondere:

Die Herstellung von Transparenz zu Entscheidungs- und Datengrundlagen

Die Prüfung der Rechtsstaatlichkeit des Regierungshandelns, insbesondere im Hinblick auf teils massive Grundrechtseingriffe

Entschädigungsleistungen für Impfpfer

Die Ermittlung von Verantwortlichkeiten

Sowie die Identifikation möglicher Ansatzpunkte für strafbare Handlungen.

Mit der Einsetzung des Corona-Untersuchungsausschusses hat die AfD Sachsen ein zentrales Wahlkampfversprechen eingelöst: die konsequente Aufarbeitung der Corona-Politik sowie die transparente Untersuchung der staatlichen Maßnahmen im Sinne der Bürger.

WENN WEHRPFLICHT

dann aber nur für die Landesverteidigung

Von André Wendt, MdL

Die Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist zurück – emotional und zugespitzt.

Viele Menschen haben die berechnete Sorge, dass junge Deutsche am Ende für politische Fehler oder sicherheitspolitische Experimente eingesetzt werden. Wenn von „Kriegstüchtigkeit“ gesprochen oder über deutsche Soldaten in der Ukraine spekuliert wird, verunsichert das die Bürger zusätzlich.

Diese Bedrohung sehen wir nicht. Wir glauben nicht, dass Russland Deutschland oder die NATO angreifen will. Statt Kriegsrhetorik braucht es Diplomatie. Die entscheidende Frage lautet: Wozu brauchen wir eine Armee? Ja – wir brauchen sie. Aber ausschließlich zur Verteidigung unseres Landes. Eine Armee darf kein Werkzeug für außenpolitische Abenteuer sein. Deshalb: Wenn Wehrpflicht – dann aber nur für die Landesverteidigung. Nicht für Auslandseinsätze, nicht für fremde Konflikte.

Und wer heute lautstark nach Krieg ruft, wer Waffenlieferungen und Eskalation fordert, sollte mit gutem Beispiel vorangehen und zuerst die eigenen Kinder in einen Kriegseinsatz schicken. Ich spreche aus Erfahrung. Ich war Soldat, Ausbilder, Zugführer und im Einsatz in Afghanistan. Ich habe Kameraden verloren. Der Einsatz endete mit einer Niederlage. Es war eine bittere Lehre.

Deshalb sage ich klar: KEINE deutschen Soldaten in die Ukraine. Wenn Wehrpflicht, dann zum Schutz unserer Heimat – für Deutschland, nicht für fremde Interessen.



Der AfD-Haushaltsentwurf 2025

Entlastet Bürger und Wirtschaft

Von Thomas
Ladzinski, MdB

Wir haben mit rund 1 000 eigenen Anträgen gezeigt, dass verantwortungsvolle Haushaltspolitik möglich ist – und beweisen: Es geht natürlich auch anders. Mit deutlich weniger Bürokratie, klaren Strukturen und einer Politik, die das Geld der Bürger nicht vergeudet, sondern gezielt einsetzt. Unsere Idee basiert auf einer umfassenden Strukturreform, die Bürokratie abbaut, den undurchsichtigen Förderdschungel rodet und Steuergelder dort belässt, wo sie hingehören – im Wirtschaftskreislauf und bei den Menschen.

66 Milliarden Euro Entlastung wären drin

Unser Haushaltskonzept 2025 sieht Entlastungen von insgesamt 66,1 Milliarden Euro vor. Diese entstehen durch die Abschaffung oder Senkung einer Reihe von Belastungen und Abgaben:

Abschaffung des CO ₂ -Preises	15,4 Mrd. €
Abschaffung des CO ₂ -Emissionshandels	5,3 Mrd. €
Abschaffung der Gasspeicherumlage	3,4 Mrd. €
Absenkung der LKW-Maut	2,2 Mrd. €
Senkung der Lohnsteuer	9 Mrd. €
Senkung der Einkommenssteuer	1,7 Mrd. €
Senkung der Körperschaftssteuer	3 Mrd. €
Abschaffung des Solidaritätszuschlags	12,5 Mrd. €
Senkung der Stromsteuer auf das EU-Minimum	5,8 Mrd. €
zusätzliche Bundeszuschüsse an die Sozial- und Rentenversicherung	3,7 Mrd. €
zusätzliche Bundeszuschüsse an die Krankenversicherung	4 Mrd. €

Gegenfinanzierung durch sinnvolle Einsparungen

Unser Konzept ist vollständig gegenfinanziert. Durch gezielte Streichungen und Kürzungen an anderer Stelle, die sicher kaum jemand vermissen wird, schaffen wir wesentliche Einsparungen und entlasten damit dauerhaft den Bundeshaushalt.

-8,7 Mrd. €	Abschaffung des Entwicklungshilfeministeriums
-14,6 Mrd. €	Abschaffung des CO ₂ -Emissionshandels
-18 Mrd. €	Reduzierung der EU-Zahlungen
-10,7 Mrd. €	Kürzungen überhöhter Verteidigungsausgaben
-36,7 Mrd. €	Streichungen im Klima- und Transformationsfonds

Weniger Schulden, mehr Generationengerechtigkeit

Unterm Strich kommt der AfD-Haushalt 2025 mit 76,7 Milliarden Euro weniger Nettokreditaufnahme aus als der Entwurf der Bundesregierung. Damit wird sogar die „alte“ Schuldenbremse eingehalten – und das ohne Leistungskürzungen für Bürger oder Wirtschaft. Unser Konzept steht für Generationengerechtigkeit: weniger Schulden, weniger Belastungen, mehr finanzieller Spielraum für die Zukunft.

Haushalt mit Vernunft – Politik mit Verantwortung

Wir stehen für einen Haushalt, der Maß hält, der Prioritäten setzt und der Zukunft nicht auf Kredit künftiger Generationen finanziert. Unser Ziel ist ein Staat, der mit dem Geld der Bürger so umgeht, wie jeder vernünftige Haushalt es tun würde: erst denken, dann ausgeben. Statt immer neuer Belastungen und ideologisch

getriebener Ausgaben braucht Deutschland endlich eine Finanzpolitik mit Augenmaß. Wir setzen auf solide Finanzen, starke Wirtschaftskraft und fairen Generationenausgleich. Nur so sichern wir den Wohlstand, die Stabilität und die Handlungsfähigkeit unseres Landes – heute und für die kommenden Generationen.

Wir machen Vor- schläge – andere blockieren

Während wir mit konkreten und durchgerechneten Lösungen vorangehen, bleiben die anderen Parteien Antworten schuldig. Grüne und Linke haben kaum eigene Anträge eingebracht, und auch die Bundesregierung scheut echte Reformen. Das Ergebnis: Der größte Bundeshaushalt in der Geschichte der Bundes-

republik wurde in Rekordzeit verabschiedet – ohne ernsthafte Debatte oder kritische Auseinandersetzung.

Diese Vorgehensweise ist eine Schande für das Parlament und ein Schlag ins Gesicht der Steuerzahler. Ein Bundestag dieser Größe und mit dieser

Ausstattung müsste der Schuldenpolitik der Regierung etwas entgegensetzen – und nicht einfach durchwinken, was ihm vorgelegt wird. Wir verlangen eine Rückkehr zu haushaltspolitischer Vernunft, die den Menschen im Land dient und das Vertrauen in politische Verantwortung zurückgewinnt.



STOLLEN ein „To-go-Snack“?

Von Thomas Ladzinski, MdB

EU-Schildbürgerstreich noch nicht vom Tisch

Die EU sorgt sich um Plastikmüll – obwohl der größte Teil davon in Ländern wie Indien, Nigeria, Indonesien oder China entsteht, die bekanntermaßen nicht zur EU gehören. Das Umweltbundesamt sah sich dennoch berufen, die Maßnahme besonders überzuerfüllen – mit einer Auslegung, die in Bäckereien und Backstuben für Enttäuschung sorgt:

Ein in Folie verpackter Dresdner Christstollen soll als „Einweg-Snackver-

packung“ gelten – also wie ein Schokoriegel oder Coffee-to-go-Becher.

Damit trifft eine absurde Regelung ausgerechnet eines der traditionsreichsten Weihnachtsgebäcke Deutschlands. Der Dresdner Christstollen gehört zur Adventszeit und den Festtagen, wird verschenkt, geteilt und mit Familie und Freunden genossen – ein schneller „Stollen to go“ dürfte wohl die Ausnahme sein. Grundlage dieser grotesken Eskalationsspirale ist die EU-Einwegkunst-

stoffrichtlinie von 2019, in Deutschland umgesetzt durch das Einwegkunststofffondsgesetz. Sie verpflichtet Hersteller, sich an den Entsorgungskosten zu beteiligen. Das Umweltbundesamt interpretiert diese Vorgaben besonders streng – mit der Folge, dass selbst ein 750-Gramm-Stollen in Folie als „To-go-Produkt“ eingestuft wurde. Die Deutsche Handwerks Zeitung nannte die Maßnahme „praxisfern und belastend für kleine Bäcker“. Der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks spricht offen von „Irr-

sinn“. Thomas Ladzinski fordert: „Schluss mit Bürokratie auf Kosten von Tradition und gesundem Menschenverstand.“ Nach massiver Kritik aus Handwerk, Politik und Medien wurde die Regelung zwar vorerst ausgesetzt und im November auf ebenso absurde 500 Gramm gesenkt – endgültig vom Tisch kommt sie wohl nie. Künftig könnte das auch Marzipanfiguren, Kekse oder Pulsnitzer Pfeffer-

kuchen stärker betreffen und die Preise weiter in die Höhe treiben. Jetzt heißt es wachsam bleiben und zwischen den Zeilen lesen. Das Thema ist längst nicht erledigt – und droht, sich auf weitere Bereiche auszudehnen. Gestoppt werden kann das nur, wenn möglichst viele aufmerksam bleiben und die Beschwichtigungsversuche durchschauen.

Hilfreiche Informationen und Argumente finden Sie auf der Themenseite unter thomas-ladzinski.de/stollen



Unser Land ist keine ABSCHUSSRAMPE

Von Thomas Ladzinski, MdB



Zu dem Thema habe ich ein Flugblatt und Aufkleber herausgebracht, damit auch Sie Ihr Umfeld informieren können. Diese erhalten Sie an Infoständen oder in meinem Bürgerbüro. Österreichischer Str. 69 in 01279 Dresden

Beim NATO-Gipfel 2024 einigten sich Bundesregierung und USA darauf, US-Langstreckenraketen – darunter auch Hyperschallwaffen – dauerhaft in Deutschland zu stationieren. Für mich und viele Deutsche ist das ein gefährlicher Irrweg. Deutschland wird dadurch nicht etwa sicherer, sondern vielmehr freiwillig zur Zielscheibe. Was soll's – irgendwo in Westdeutschland? Das wäre zu kurz gedacht, denn die Folgen treffen unser Land, unser Volk. Hyperschallraketen sind zweifelsfrei Offensivsysteme. Sie erreichen enorme Geschwindigkeiten, umgehen bestehende Rüstungs-

kontrollen und erhöhen das Risiko eines Erstschlages. Was als „Abschreckung“ verkauft wird, treibt in Wahrheit das Wettrüsten voran.

Fremde Raketen auf deutschem Boden sind mit dem Geist unseres Grundgesetzes oben drein kaum vereinbar. Artikel 26 stellt unmissverständlich klar, dass die Vorbereitung von Angriffskriegen verboten ist. Deutschland liegt im Herzen Europas, umgeben von Partnern. Wir brauchen keine neuen Angriffswaffen, sondern eine glaubwürdige Friedenspolitik und eine eigene, funktionierende Verteidigungsfähigkeit. Statt Milliar-

den in fremdgesteuerte Systeme zu stecken, müssen wir endlich in Zivilschutz, die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und einen attraktiven Wehrdienst investieren. Waffen zur Landesverteidigung – ja. Aber ganz sicher keine Abschussrampe für andere Mächte. Wer hier Raketen aufstellt, stellt auch ein Ziel auf – für Gegenschläge, für Eskalation, für Misstrauen. Friedenspolitik bedeutet Verantwortung, nicht Aufrüstung.

Es geht darum, Vertrauen zu schaffen, statt neue Gräben zu schaufeln.

EINE PARTEI – VIELE MÖGLICHKEITEN



DER AKTIVIST - Haltung zeigen

Du willst nicht nur reden, sondern handeln? Bei Aktionen, Infoständen oder auf der Straße kannst Du Präsenz zeigen und Menschen direkt erreichen. Engagement braucht Sichtbarkeit – und Leute wie Dich.

Das kann vieles sein

Kreative Straßenaktionen, außergewöhnliche Veranstaltungen, Gespräche am Infostand, Mitwirkung in thematischen Bürgerinitiativen oder gemeinsames Engagement bei Demonstrationen und Kundgebungen. Dein Gesicht steht für Haltung – und das zählt.

Geeignet für

Alle, die gerne auf Menschen zugehen, sich nicht so leicht provozieren lassen und programmsicher klare Haltung zeigen.

ANONYMITÄT

FACHLICHE EIGNUNG

PERSÖNLICHE EIGNUNG

ZEITAUFWAND

FLEXIBILITÄT



DER REPRÄSENTANT - In Amt und Mandat

Ein Mandat ist mehr als ein Titel – es ist Verantwortung und Gestaltungsmacht in Vertretung aller Mitglieder. Ob im Vorstand, Parlament oder in einer kommunalen Vertretung: Wer ein Mandat übernimmt, verhandelt und repräsentiert unsere konkreten Positionen. Bereit für diesen Schritt?

Jedes Mandat zählt

Ob im Europa- oder Bundestag, im Landtag, Stadtrat, Kreis- oder Ortschaftsrat oder sogar als Landrat oder Bürgermeister. Entscheidend ist nicht die Größe, sondern ob Du bereit bist, Verantwortung zu tragen. Du machst das, was Du dir fachlich zutraust – und wächst daran.

Geeignet für

Alle, die Verantwortung übernehmen und Repräsentanten der Partei und ihrer Werte sein wollen.

ANONYMITÄT

FACHLICHE EIGNUNG

PERSÖNLICHE EIGNUNG

ZEITAUFWAND

FLEXIBILITÄT





Entweder QR-Code scannen oder
www.afd.de/mitglied-werden aufrufen
und sofort Mitglied werden.

DER HINTERMANN - Solide Basis

Du willst etwas bewegen, ohne im Rampenlicht zu stehen? Auch ohne Namen und Gesicht preiszugeben, kannst Du viel bewirken – durch gute Recherche, Organisation, Texterstellung oder stille Unterstützung. Deine Überzeugung zählt – nicht Deine Sichtbarkeit.

Konkret heißt das

Du kannst Veranstaltungen mitaufbauen und betreuen, Inhalte entwickeln, Medienkanäle pflegen, Plakate und Flyer verteilen oder Dich um Transport und Logistik kümmern. Ohne das läuft nichts – und macht uns in vielen Regionen sichtbarer als den Mitbewerber.

Geeignet für

Alle, die wirklich anpacken wollen, aber lieber aus privaten oder beruflichen Gründen im Hintergrund bleiben möchten.

ANONYMITÄT

FACHLICHE EIGNUNG

PERSÖNLICHE EIGNUNG

ZEITAUFWAND

FLEXIBILITÄT



DER STRATEGE - Richtung geben

Du hast Ideen, willst Verantwortung übernehmen und mitdenken? Dann bring Dich in die programmatische Arbeit ein. Entwickle neue Positionen, schärfe Inhalte und gestalte die Linie der Partei.

Mitwirken kannst Du zum Beispiel in

Bundesfachausschüssen, Landesfachausschüssen, der Programmkommission oder in kommunalen Arbeitsgruppen. Hier wird debattiert, formuliert und entschieden – der Maschinenraum der Partei, hier entsteht die fachliche Richtung.

Geeignet für

Alle, die gern mitdenken und sich, weitestgehend anonym, mit fundierten Fachkenntnissen einbringen oder Konzepte entwickeln wollen.

ANONYMITÄT

FACHLICHE EIGNUNG

PERSÖNLICHE EIGNUNG

ZEITAUFWAND

FLEXIBILITÄT



DIE SOGENANNTEN ENTWICKLUNGSHILFE

Von Matthias Rentzsch, MdB

Ich bin einer von vier AfD-Mitgliedern im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Deutschen Bundestag.

Was sind die Eckdaten deutscher Entwicklungshilfe und was wird mit dem Geld überhaupt gemacht?

Ganz grundsätzlich bekannt sich die schwarzrote Regierung ohne jede Not zu dem sogenannten 0,7%-Ziel der Vereinten Nationen. Dieses stellt eine Verpflichtung wohlhabender Industriestaaten dar, mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA) aufzuwenden. Das heißt, Deutschland gibt jedes Jahr 30 Milliarden Euro für die Erfüllung der ODA-Quote aus.

Zuständig für Entwicklungshilfe ist in Deutschland vor allem das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unter Ministerin Reem Alabali-Radovan (SPD). Im Jahr 2025 betrug der Haushalt des BMZ etwa 10,3 Milliarden Euro, was etwa 2 Prozent des gesamten Bundeshaushaltes entspricht und 2026 soll der BMZ-Etat circa 10,1 Milliarden Euro betragen. Aus diesem Haushalt werden vor allem „Entwicklungshilfe-Projekte“ finanziert.

„Hilfe zur Selbsthilfe“ war einmal. Der theoretisch einst lobenswert gedachte Ansatz ist gänzlich abhandengekommen. In der Praxis dominieren fast nur noch ideologische und praxisferne Projekte, die nichts mit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen zu tun haben.

Indien – ein Land mit einem Wirtschaftswachstum von mehr als 6 Prozent – erhält in den kommenden

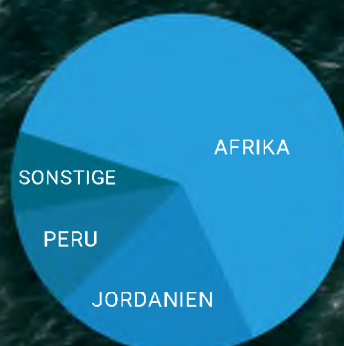
Jahren noch 6,7 Milliarden Euro Entwicklungshilfe.

Es ist völlig absurd, für was Deutschland, ohne jeden Mehrwert für den deutschen Steuerzahler, Geld ausgibt. Projekte wie: Fair-Müllter Frühling im Zwergerland, Menschliche Bienen in China, Die faire Fahrradküche, Bananenduft, Müll reist um die Welt oder Fairmüllte Weihnachtszeit! sind bezeichnend für den gegen-

wärtigen Entwicklungshilfe-Irrsinn! Auf meiner Internetseite finden Sie dazu eine Weltkarte mit allen Ländern, Projekten und Zahlen.

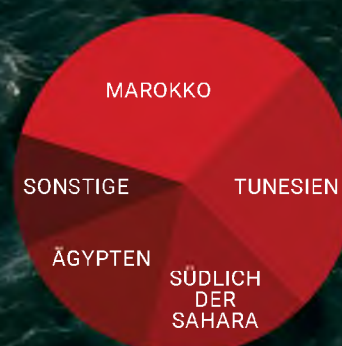
Dabei gäbe es genügend Ansatzpunkte dafür. Deutschland hat mit verschiedenen Ländern wie zum Beispiel Chile, Brasilien, der Mongolei, Kasachstan oder Usbekistan sogenannte Rohstoffabkommen oder -partnerschaften abgeschlossen. Diese müssen mit Leben gefüllt werden sowie Abkommen mit weiteren Staaten geschlossen werden. Davon profitieren beide Seiten. Die deutsche Wirtschaft erhält dringend benötigte Rohstoffe, die Partnerstaaten profitieren von deutschem Knowhow. So sieht wirtschaftliche Zusammenarbeit im besten Sinne aus – 8 Milliarden könnten jedes Jahr gespart werden, um unter anderem die deutschen Steuerzahler zu entlasten und unser Land wieder auf Vordermann zu bringen.

10,3 Mrd Euro für Entwicklungshilfe-Projekte



Afrika 6,5 Mrd
Jordanien 2 Mrd
Peru 1 Mrd
Sonstige 0,8 Mrd

Afrika allgemein bekommt 6,5 Mrd Euro



Marokko 2,3 Mrd
Tunesien 1,5 Mrd
Südlich der Sahara 1,4 Mrd
Ägypten 1 Mrd
Sonstige 0,3 Mrd

Beispiele für Entwicklungshilfeprojekte 2025

Grüne und gendergerechte öffentliche Räume

20.000.000 €

RUANDA

Nr.: IATH-ID DE-1-202368298

Stärkung von Gendergerechtigkeit in klimafreundlicher urbaner Mobilität in Indien

6.000.000 €

INDIEN

Nr.: IATH-ID DE-1-202322212

Kenias Ernährungspolitik genderspezifisch gestalten

1.275.000 €

KENIA

Nr.: IATH-ID DE-1-202406007-8021

Abwendung von klimabedingten Schäden durch Initiativen zur Förderung von Frauen in Führungspositionen

400.000 €

VIETNAM

Nr.: IATH-ID DE-1-202375012

Geschlechtersensible ostindische Slumgebiete für alle, einschließlich LGBTQIA+

585.001 €

INDIEN

Nr.: IATH-ID DE-1-202406007-8144



ÜBERALL DROHNEN Die Bundesregierung im Abwehrk(r)ampf

Von Matthias Rentzsch, MdB

Alarm! Deutschland wird angeblich von Drohnen angegriffen – und das allerorten! Doch wer ist der Angreifer?

Wenn man der Bundesregierung und den regierungstreuen Medien glauben darf, ist die Antwort klar: Russland natürlich! Es sei verantwortlich für sämtliche tatsächlichen oder vermeintlichen Drohnenfälle in Deutschland in den letzten Monaten, wenn man öffentlichen Verlautbarungen der Regierung und unseren Medien glauben will.

Doch wie steht es um die Fakten? Was weiß die Bundesregierung und wie sieht es mit Belegen dazu aus? Schließlich gab es laut Luftfahrtbundesamt allein im Jahr 2024 in Deutschland 705.480 Betreiber unbemannter Luftfahrzeuge, die Zahl der von diesen betriebenen Drohnen ist unbekannt, kann aber deutlich höher liegen. Zudem gab es laut Auskunft der Deutschen Flugsicherung bereits vor Beginn der Kriegshysterie zum Teil deutlich über hundert Droh-

nenvorfälle pro Jahr. Grund genug die Bundesregierung einmal mit folgendem Wortlaut zu befragen:

„Wie viele Drohnenfälle gab es nach Kenntnis der Bundesregierung im Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum 30. September 2025 (bitte nach Jahr, Bundesland und konkretem Ort des jeweiligen Vorfalles sowie ggf. Bereich wie z. B. Militär, öffentlicher Luftraum, Flughafen, sonstige Infrastruktur aufschlüsseln)?“

Die Antwort war, wer hätte das gedacht, typisch für diese Regie-

rung. Öffentlich wurde die Frage mit nichts-sagenden Sätzen beantwortet, der Rest der Antwort wurde als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft und darf nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Warum die Antwort geheim ist, bleibt schleierhaft. Einen Beweis für „feindliche Überflieger“ bleibt die Regierung uns und den Bürgern bis zum heutigen Tage schuldig.

Der Abwehrk(r)ampf geht weiter: Hand-feste Belege und konkrete Fakten – Fehlanzeige!



MATTHIAS RENTZSCH
Bundtagsabgeordneter für Dresden (Wahlkreis 159)
matthias-rentzsch.de





SACHSENS „ZIVIL-GESELLSCHAFT“

Von Martina Jost, MdL

Eine Parallelstruktur im Fördersumpf

Unter dem Deckmantel des „Kampfs gegen Rechts“ ist offenbar alles möglich.

So hat sich auch in Sachsen ein enges Geflecht aus Vereinen, Stiftungen und Initiativen gebildet, das mit staatlicher Finanzierung wirtschaftet, aber eben auch politisch und ideologisch einseitig wirkt. Diese „Zivilgesellschaft“ wird mit Millionen aus Landes-, Bundes- und EU-Mitteln versorgt – und ist Synonym für Parallelstrukturen geworden, die sich nahezu parasitär vom

Steuerzahler ernähren.

Vereine wie das Kulturbüro Sachsen e.V., die Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e. V. oder das Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. sind fester Bestandteil dieses Versorgungskreislaufes. Ihre Vertreter sitzen oftmals gleichzeitig in Förderbeiräten, Projektjurs und Beratungsgremien, oft mit

Nähe zu Altparteien. So entscheidet eine kleine, ideologisch homogene Gruppe darüber, wer öffentliche Gelder erhält – und wer nicht.

Die geförderten Themen folgen „Schema F“: Rassismuskritik, Queer-Aktivismus, Weltoffenheit und Demokratiebildung. Dagegen bleiben klassische Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit oder Heimatverbundenheit außen vor. Was nicht in das dekadente Weltbild passt, hat kaum Zugang zu Fördermitteln.

Ein Beispiel: Im Doppelhaushalt 2025/26

wollte der Freistaat die Programme „Weltoffenes Sachsen“ und „Integrative Maßnahmen“ zunächst kürzen – von 36,9 auf 17 Millionen Euro. Doch nach Protesten der geförderten Netzwerke und dem Druck von Grünen und Linken wurden die Kürzungen zurückgenommen. Die CDU stimmte zu, gegen Zusagen zu eigenen Forderungen in Millionenhöhe.

Was heute oft als „Zivilgesellschaft“ verkauft wird, ist in Wirklichkeit ein geschlossenes System aus Fördergeldern, politischer Einflussnahme und gegenseitiger

Absicherung. Das wirkt auf eklige Art anmaßend – denn so erhebt sich eine selbsternannte moralische Elite mit ihrer Gesinnungspflege über echtes bürgerschaftliches Engagement und brandmarkt alles mit ihrem Label.

Wird in Sachsen dieses metastasierende Netzwerk nicht konsequent unterbrochen, vermehrt es sich, wird noch undurchsichtiger – und schröpft den Steuerzahler als Wirt bis zum Kollaps.



DIE STEUERZUKUNFT

mit der AfD

Von Hans-Jürgen Zickler, MdL

Viele Bürger in unserem Land sind entsetzt, wie schnell ein Friedrich Merz alle seine Wahlversprechen gebrochen hat. Aber auch in Sachsen sieht man, wie sich ein CDU-Ministerpräsident von einer verzweigten SPD daran hindern lässt, die Probleme des Landes anzupacken. Wer mit offenen Augen hinsieht, erkennt – in unserem Land muss sich vieles ändern! Von den Bürgern werden wir oft gefragt: „Wie wollt ihr was ändern?“ In unserem Grundsatzzprogramm haben wir es in der Überschrift im Kapitel Finanzen und Steuern bereits 2016

so formuliert: Wir wollen Deutschland reformieren. Das geht nicht ohne eine umfassende Reform des Steuerrechts. Wir treten für ein einfacheres und gerechteres Steuersystem ein, das mit niedrigen Steuern vor allem Mittel- und Geringverdiener finanziell entlastet.

Dazu fand am 21. November 2025 eine Veranstaltung der Sächsischen AfD Landtagsfraktion in der Börse Dresden statt. Nach Ausführungen von Prof. Dr. Fritz Söllner, Professor für Finanzwissenschaft an der TU Ilmenau, zu Prob-

lemen des deutschen Steuerrechts, erläuterte der AfD-Bundestagsabgeordnete Jörn König, wie sich die AfD hier eine Lösung vorstellt. Unzweifelhaft ist das deutsche Steuerrecht eines der kompliziertesten und am Ende auch nicht gerecht. Bestraft es doch mit hohen Steuern gerade die Leistungsträger. Hier setzt der Gedanke der AfD an, mit einer einheitlichen Steuer von 25% bei Abschaffung aller Steuerausnahmetatbestände und hohen Freibeträgen für Familien und Kindern, für eine Entlastung der Mittelschicht zu sorgen. Bei unse-

rem Vorschlag würde eine Familie mit zwei Kindern bis zu einem Einkommen von 72000,- Euro nach Abzug der Sozialabgaben gar keine Steuern zahlen und erst vom nächsten Euro bekäme der Staat dann 25 Cent.

Eine derartige radikale Vereinfachung, die sich am Kirchhof-Modell orientiert, würde Bürger und Unternehmen massiv von Steuern und Bürokratie entlasten.

Einsparmöglichkeiten im Bundeshaushalt, um diese Reform zu finanzieren, gibt es ge-

nug. Wenn sich unsere Regierung konsequent an den Interessen der deutschen Steuerzahler orientieren würde, ergäben sich Einsparmöglichkeiten von über 130 Milliarden Euro jährlich im Bundeshaushalt. Damit wäre die Steuerreform finanziert.



Für jeden der herausfinden möchte, was die Pläne der AfD für ihn bedeuten, gibt es den Steuerrechner der Bundestagsfraktion.

Impressum

Herausgeber:
AfD-Kreisverband, Österreicher
Straße 69, 01279 Dresden
E-Mail: geschaeftsstelle@afd-dd.de
Redaktion: René Lange
V.i.S.d.P.: André Wendt
Druck: Druckhaus Scholz
Auflagenhöhe: 40.000 Stk.
Ausgabe: Nr. 8 / März 2026
Bildnachweis: Titelbild KI-generiert,
@Great_bru/envato, @jirkaejc/envato,
@chernikovatv/envato, @a_medvedkov/envato, @JuiceFlair/envato,
@Altrendolimages/envato, @Pilat666/envato

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den

Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.



Spende:

Alternative für Deutschland
Kreisverband Dresden
IBAN: DE86 8505 0300 0225 7351 13
Ostsächsische Sparkasse Dresden
Verwendungszweck: Ihr Name und Ihre Adresse (für Spendenquittung)

AfD-Kreisverband Dresden im Web:

afd-dd.de

AfD-Kreisverband Dresden auf facebook:

fb.com/afddresden

AfD-Kreisverband Dresden auf Telegram:

t.me/afddresden

AUS DEM DRESDNER STADTRAT

Das Verhinderungskartell hält – noch!

Aufkommensneutralität der Grundsteuer

Versprochen war die sogenannte Aufkommensneutralität, also dass Kommunen in Summe nicht mehr Geld einnehmen sollten als vor der Grundsteuerreform. Mit einem Änderungsantrag zur Festlegung der Hebesätze wollte die AfD-Fraktion die versprochene Aufkommensneutralität umsetzen.

Abgelehnt durch CDU/Grüne/SPD/Linke/BSW/FDP/PVP.

Ein Haushalt ohne Steuer- und Beitragserhöhungen

Erklärtes Ziel war ein Haushalt ohne Steuer- und Beitragserhöhungen für die Dresdner Bürger. Gleichzeitig sollten alle Ausgaben der Stadt auf den Prüfstand gestellt und unsinnige Ausgaben gekürzt werden.

Unser, mit dem Team Zastrow ausgearbeiteter alternativer Haushaltsvorschlag, fand keine Unterstützung.

Nach Einsturz! Elbquerung Carolabrücke interimsmäßig sichern!

Nach dem Einsturz der Carolabrücke am 9. September 2024 forderte die AfD-Stadtratsfraktion nicht nur einen zügigen Abriss der alten Brücke, sondern vor allem die schnellstmögliche Errichtung einer Behelfsbrücke. Dies wäre in kurzer Zeit und zu vernünftigen Kosten möglich.

Abgelehnt durch CDU/Grüne/SPD/Linke/BSW/FDP/PVP.

Ordnung und Sicherheit in Dresden stärken - Kriminalität wirksam bekämpfen

Beantragung der Durchführung einer Anhörung zum Thema „Ordnung und Sicherheit – Kriminalität in Dresden wirksam bekämpfen“.

Abgelehnt durch CDU/Grüne/SPD/Linke/BSW/FDP/PVP.

Radverkehrskonzept (RVK) der Stadt sofort stoppen

Die bisherige Strategie, durch Abmarkierungen und Angebotsstreifen scheinbar getrennte, tatsächlich aber gemischte Verkehrsräume auf stark befahrenen Straßen zu schaffen, hat nicht zu einer nachhaltigen Sicherheitsverbesserung geführt. Im Gegenteil. Daher hat die AfD-Fraktion einen sofortigen Stopp der aktuellen Umsetzung des RVK sowie eine Neuausrichtung im Interesse aller Verkehrsteilnehmer beantragt.

Aus ideologischen Gründen lehnte der Stadtrat ab.

Kommunalpolitik macht Macher! *8 Euro im Monat:* *Kleine Summe.* *Große Wirkung.*

Kommunale Politik ändert sich ständig: Regeln, Verfahren, Förderlogiken, Zuständigkeiten. **Wer mitreden will, muss dranbleiben.** Wer neu oder professionell einsteigt, braucht Starthilfe und Rüstzeug.

Unsere Bildungsvereinigung sorgt dafür, dass Wissen verständlich bleibt, Engagement wirksam wird und das scharfe Schwert kommunalpolitischer Verantwortung regelmäßig geschärft wird – für Vereine, Initiativen und politische Gestalter in unseren Städten und Gemeinden.

Schon 8 Euro im Monat machen genau das möglich. Und sie wirken doppelt: Ihr Förderbeitrag fließt in Bildungsarbeit des KoBiVeSa e.V. und macht zusätzliche staatliche

Fördermittel nutzbar – Steuern, die sonst womöglich in fragwürdige Ideologieprojekte fließen.

Jetzt Fördermitglied werden und kommunal aufrüsten.
www.kommunalpolitik-sachsen.de



Förderverein
Kommunalpolitische
Bildung in Sachsen

